

Veranstaltungsreihe „Unangepasst. Repressionserfahrungen von Frauen in der DDR“

Werkstattgespräch II am 14.11.2019

„„frau anders“ – Lesben-Gruppen zwischen Bürgerrechts- und Homosexuellenbewegung“

Veranstaltungsbericht

Das Werkstattgespräch „„frau anders“ – Lesben-Gruppen zwischen Bürgerrechts- und Homosexuellenbewegung“ war die dritte Veranstaltung der Reihe „Unangepasst. Repressionserfahrungen von Frauen in der DDR“. Die Veranstaltungsreihe wurde von der „Agentur für Bildung – Geschichte, Politik und Medien e.V.“ initiiert und gemeinsam mit der „Robert-Havemann-Gesellschaft“ und dem „Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ ausgerichtet. Gefördert wird die Reihe durch die „Bundestiftung Aufarbeitung“ und die „Landeszentrale für politische Bildung Berlin“. Nachdem die ersten beiden Veranstaltungen in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ stattfanden, wurde nun Maria Bühner eingeladen, um am Lernort Keibelstraße über Lesben-Gruppen in der DDR zu sprechen. Maria Bühner promoviert zur „Lesbischen Subjektwerdung in der DDR der 1970er und 1980er Jahre“ und ist Mitarbeiterin am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Moderiert wurde das Gespräch von der Historikerin Katja Koblitz vom Verein „Spinnboden Lesbenarchiv und Bibliothek Berlin“, die mit einer Einführung in das Thema weiblicher Homosexualität in der DDR startete.

Die Lebenssituation homosexueller Frauen in der DDR war von einer Unsichtbarkeit und Unsichtbarmachung geprägt, da es kaum Kontaktmöglichkeiten und -orte gab. Die rechtliche Situation war durch Paragraf 151, der, auch für Frauen, sexuelle Handlungen zwischen Jugendlichen und über 18-Jährigen strafbar machte, angespannt. Das Frauenbild des DDR-Sozialismus war patriarchal, die „homosexuelle Frage“ wurde als gelöst angesehen.

Die DDR-Lesbengeschichte lässt sich in vier Wellen periodisieren. Die erste Welle bis zum Mauerbau war, vor allem in Berlin, von vielseitigen subkulturellen Ost-West Kontakten und Trefforten geprägt. Nach dem Mauerbau verblieb die gesamte queere Subkultur stark im privaten Raum. Die dritte Phase war eine Politisierung der Bewegung in den 70er Jahren, die sich in dem gescheiterten Versuch einer stärkeren öffentlichen Organisation niederschlug. Ein Beispiel hierfür ist die „Homosexuelle Initiative Berlin“. Schlussendlich konnte es so, viertens, zum Neuaufbruch der Bewegung in den 80er Jahren kommen.

Maria Bühner stimmte dieser Periodisierung von Koblitz zu, betonte aber, dass für marginalisierte Milieus geschichtliche Zäsuren in der Regel eine geringere Bedeutung haben, da Diskriminierungsstrukturen meist eine Kontinuität über diese Einschnitte hinweg aufwiesen. Die

Homosexuellenfeindlichkeit des Nationalsozialismus habe die Situation dieser Menschen in der Nachkriegszeit negativ beeinflusst. Bekanntlich wurde der Paragraf 175, der „Unzucht“ unter Strafe stellte, zunächst aufrechterhalten, dann aber in der DDR bereits 1950 zurückgenommen. Die Stigmatisierung und Verfolgung männlicher Homosexueller war in der BRD in den 1950er Jahren demnach schärfer. Dennoch wurde laut Bühner Homosexualität allgemein durch das Schlagwort der „Dekadenz des Spätkapitalismus“ in der DDR marginalisiert und hatte keinen Platz in dieser Phase des kommunistischen Aufbruchs. Gleichzeitig kam es zur Reaktivierung subkultureller Strukturen aus den 1920er Jahren.

Durch die hohe Erwerbstätigkeit von Frauen wären die Möglichkeiten für lesbische Lebensentwürfe einerseits stark erweitert gewesen, auch schon in den 1950er Jahren. Dagegen hielt Katja Koblenz, dass Frauen von institutioneller Förderung durch die staatliche Familienpolitik ausgeschlossen wurden. Im Gegenteil, lesbische Frauen verharrten durch die Familiendarlehen in der Ehe. Die Kombination aus früher Heirat und spätem „Coming-Out“ war durch diese spezifische Situation recht häufig, stimmte Maria Bühner zu. Jedoch sei das Scheidungsrecht in der DDR vorteilhafter für Frauen gewesen als im Westen. Die Marginalisierung war trotz des Vorteils der ökonomischen Absicherung erheblich, da es keine medialen Repräsentationen und keine Worte für die eigenen Gefühle gab. Weibliche Homosexualität war in der DDR unsichtbar.

Im Vergleich ist festzustellen, dass sich in der BRD ab den frühen 1970er Jahren die homosexuelle Bewegung und die sogenannte Neue Frauenbewegung öffentlich formierten, die aber auch staatlicher Repression begegneten. Im Gegensatz dazu gab es in der DDR kaum Treffpunkte der Bewegung, da durch das Vereinigungs- und Veröffentlichungsverbot kaum Möglichkeiten zur Organisation bestanden. Zusätzlich bestand ein weiterer großer Unterschied zur BRD darin, dass sich die homosexuelle Bewegung in der DDR nie strikt in schwule und lesbische Gruppen spaltete. Dies hatte eher pragmatische Gründe, da es schlicht wesentlich weniger schwule und lesbische Aktivist*innen in der DDR gab. Männliche Dominanz wurde jedoch auch in der DDR kritisch betrachtet.

Als sich dann 1973 die „Homosexuelle Interessengemeinschaft Berlin“ gründete, rief sie starkes staatliches Misstrauen hervor. Diese Initiative habe allerdings nicht den Staat umwerfen wollen, sondern lediglich Begegnungsorte schaffen, betonte Bühner. Ein berühmter Ort der Bewegung war das Gutshaus von Charlotte von Mahlsdorf, an der zahlreiche Feste veranstaltet wurden. Im Jahr 1978 fand das „erste Lesbentreffen“, organisiert von Ursula Sillge, statt. Der Staat verhinderte diese Versuche einer Organisation aktiv, sodass viele Frauen entmutigt durch Verbote von ihren Bemühungen abließen. Koblenz und Bühner würdigten beide die Leistung dieser ersten Vernetzung gegen die Unsichtbarkeit.

Bi- oder Homosexualität einer Person konnte bereits ein Verdachtsmoment aus Sicht des MfS darstellen, jedoch wurde dieses erst bei Organisierungsbemühungen tätig, so Bühner. Lesben-Gruppen wurden erst in den frühen 1980er Jahren massiv unterlaufen, wobei diese Überwachung paradoxe Effekte nach sich zog. Da viele Informant*innen selber homo- oder bisexuell waren und die eigene Tätigkeit für das MfS kaschiert werden sollte, waren diese IM häufig ein sehr aktiver Bestandteil der sich organisierenden Gruppen. In einer Gruppe in Karl-Marx-Stadt etwa seien drei oder vier von ungefähr zehn bis 20 Personen für das MfS tätig gewesen. Diesen Punkt fasste Maria Bühner pointiert zusammen, indem sie sich fragte, inwieweit die Stasi dazu beigetragen habe, diese

Bewegung zu stärken? Trug die Überwachung dazu bei, dass dieses Thema erst auf die politische Tagesordnung gesetzt wurde?

In der Tat gründeten sich in den 80er Jahren viele Gruppen, bemerkte Katja Koblenz. Der Ausgangspunkt dieser Gründungen lag nach Maria Bühner allerdings darin, dass es nach 1979 in der evangelischen Kirche nun endlich einen gesellschaftlichen Raum für diese Form der Organisation gab. Die Initialzündung sei die Tagung der evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg am 9. Januar 1982 gewesen, in deren Folge sich rund 20 Arbeitskreise zu (weiblicher) Homosexualität gründeten. Diese Gruppen unterschieden sich von Gemeinde zu Gemeinde in ihrer Beziehung zu anderen Gruppen und der Kirche selbst, aber auch in ihrer inhaltlichen Ausrichtung. In Dresden beispielsweise hatte die „Homosexuelle Selbsthilfe“ einen theologischen Fokus, in Jena wurde die illegale Zeitschrift *frau anders* herausgegeben, und die „Lesben in der Kirche“ in Berlin wiederum veranstalteten Fahrten zur Gedenkstätte Ravensbrück. Trotz dieser lokalen Unterschiede boten diese Gruppen eine neue Kontaktzone, in der „Selbsterfahrungsarbeit“, wie Bühner es formulierte, stattfinden konnte. Ein Sprechen über individuelle Erfahrungen und Sexualität wurde möglich, sowie eine Vernetzung betroffener Menschen. Diese Vernetzung wuchs nach der Liberalisierung im Grenzverkehr in den 1970er Jahren auch in Richtung Osten und wurde institutionell getragen durch den „Eastern European Information Pool“ der ILGA („International Lesbian and Gay Association“) in Wien. Darüber hinaus wurde inhaltlich an historischen, kulturellen und wissenschaftlichen Themen gearbeitet.

Katja Koblenz warf nun die These ein, es sei eine Strategie der Aktionsgruppen gewesen, die Nähe zur Wissenschaft zu suchen, um die Ernsthaftigkeit der eigenen Antidiskriminierungsarbeit zu unterstreichen. Maria Bühner sah die Sexualwissenschaft allerdings in einer anderen Traditionslinie und lenkte die Aufmerksamkeit auf ihre Fallstudie über die Charité Berlin. Sie habe psychiatrische Akten zwischen 1959 bis 1973 untersucht, in denen sich eine Pathologisierung von Homosexualität deutlich ausmachen ließ. Die Vorstellung „kranker, perverser Subjekte“ sei jedoch nicht DDR-spezifisch gewesen. Die Sexualwissenschaft allgemein unterlief in den 1970er Jahren einen *empirical turn*, der diese Pathologisierung veränderte. Zum Beispiel versuchte an der Charité der Endokrinologe Günter Dörner zu belegen, Homosexualität sei die Folge hormoneller Störungen während der Schwangerschaft. Nach dieser Lesart seien Menschen nicht an ihrer Sexualität „schuld“. Diese Vorstellung trug paradoxerweise entscheidend zu einer juristischen Liberalisierung in den späten 80er Jahren bei, infolge derer der Paragraph 151 abgeschafft wurde, so Bühner. Ein anderer Faktor sei das Thema AIDS gewesen, aufgrund dessen sich die Fürsorgediktatur dazu genötigt sah, auf diese Gruppen zuzugehen.

Das Verhältnis des Staates und der Repressionsorgane zu den Lesben-Gruppen ist somit ein vielschichtiges Feld. Es ist schwer, auf einer individuellen Ebene eine klare Trennung zwischen Opfern und Täter*innen zu ziehen. Die Motivationen zur „Mitarbeit“ changierten zwischen Zwang, politischer Überzeugung und materiellen Anreizen. Die Arbeit der Lesben-Gruppen war darüber hinaus nicht konspirativ. Da es das erklärte Ziel war, gegen die Unsichtbarkeit anzugehen, erzählten manche Informat*innen auch bereitwillig, offenbarten bisweilen sogar intimstes Wissen. Die Berichte der Treffen mit den meist männlichen Führungsoffizieren spiegeln diese Vielschichtigkeit, aber auch das Befremden, mit dem die sehr männliche Institution MfS auf die homosexuellen Welten schaute, wider. Das MfS arbeitete in einem Spannungsfeld zwischen „Integration der Homosexuellen in den Sozialismus“ und ihrer Zersetzung. Einerseits wurde versucht, die

Lebenssituation betroffener Menschen zu verbessern mit dem erklärten Ziel, die Arbeitsgruppen von der Kirche fernzuhalten und die Loyalität gegenüber dem Staat zu festigen. Andererseits waren die Arbeitsgruppen auch massiven Repressionen ausgesetzt, während viele der Aktivist*innen wiederum auch recht systemtreu gewesen sind. Das oppositionelle und kirchliche Umwelt selbst, in dem sich die Lesben-Gruppen bewegten, habe darüber hinaus Menschen davon abgehalten, sich derart zu exponieren. Die Kosten für diese Sache öffentlich einzutreten waren dadurch individuell hoch.

Letztendlich endete Maria Bühner folgerichtig mit einem Plädoyer, den Anteil der Aktivitäten der Lesben-Gruppen an den Demokratiebewegungen nicht weiter zu übersehen. Die vielfältigen Aktivitäten seien nicht nur „unpolitische private Selbsthilfe“ gewesen. Die drei Stränge der nicht-staatlichen Frauenbewegung – die feministische Theologie, die pazifistische Frauenbewegung und die Lesben-Gruppen – würden ohnehin schon in der Erinnerungskultur übersehen werden. Bemerkenswerterweise konnte Antidiskriminierungsschutz schon in den ersten Artikel des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches eingebracht werden. Eine Langzeitfolge des Aktivismus war zudem die Dokumentation in Vereinen und Archiven, die, wie Bühner deutlich machte, wiederum die Bedingung dafür ist, dass die Geschichte marginalisierter Menschen überhaupt erforscht werden kann.

In dem folgenden Gespräch mit dem Publikum wurden einige der angesprochenen Aspekte vertieft. So wurde Bühner beispielsweise genauer zu den bereits erwähnten Akten der Charité befragt. Sie führte in ihrer Antwort aus, die Charité habe auch eine Geschichte als Ort der Durchführung von „Geschlechtsumwandlungen“. Im weiteren Gesprächsverlauf betonte sie, dass die Frage nach Transgender und Intersektionalität in der Forschung eine schwierige sei, da sich eine mehrfache Marginalisierung unter anderem in einer schlechten Quellenlage äußert. Außerdem sei die Finanzierung von queer-feministischen Forschungsprojekten meist prekär, so dass Forschende vielfach ehrenamtlich arbeiteten – eine Einschätzung, die Katja Koblenz teilte. Das Gespräch endete daher auch mit dem Wunsch Maria Bühners, dass sich ihr Forschungsfeld hinsichtlich Ausstattung und öffentlicher Aufmerksamkeit besser gestalte. Veranstaltungen wie das Werkstattgespräch würden nach ihrer Einschätzung entscheidend zur Normalisierung der Erforschung der Geschichte marginalisierter Menschen beitragen.

Malte Grünkorn